



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/30  
Hinweise  
auf den Inhalt:

5. Februar 1951

François Poncet's Grenzperspektive	S.1
Führungswechsel bei Italiens Sozialisten	S.3
Deutsche Ärzte in Iran	S.4
Kohlensinfuhr an der Ruhr	S.5
Ostnachrichten	S.6

---

## Union der Bindeglieder

Von G. Markscheffel

Der französische Hohe Kommissar hat kürzlich festgestellt, dass alle gegenwärtigen Grenzziehungen nur vorläufig seien und dass die endgültige Regelung der Festsetzung der deutschen Grenzen einem Friedensvertrage vorbehalten bleiben müsse. François Poncet hat damit noch einmal in durchaus begrüßenswerter Weise den Willen der französischen Regierung dokumentiert, ebenso wenig wie die Regierungen der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens die Grenzziehung im Osten Deutschlands als endgültig anzuerkennen.

Weniger klar waren die Ausführungen des Hohen Kommissars über das Schicksal des Saargebietes. Er sagte, Frankreich wolle das Saargebiet als "Bindeglied zu Deutschland" betrachtet wissen. Es solle wegen seiner geographischen und wirtschaftlichen Lage nach Westen und Osten offen bleiben und "ähnlich wie Luxemburg weder unter französischer noch unter deutscher Herrschaft stehen". Ein Vergleich zwischen Luxemburg und dem Saargebiet ist unseres Erachtens völlig unangebracht. Luxemburg ist seit sehr langer Zeit ein selbstständiger Staat, der sich weder nach Frankreich noch nach Deutschland hin als "offen" betrachtet. Der französische Hohe Kommissar dürfte darüber genau unterrichtet sein, dass es zwischen Luxemburg und Frankreich zu gewissen Zeiten sogar erhebliche Spannungen gegeben hat, als man versuchte, diese Souveränität zu negieren.

Die Geschichte des Saargebietes sollte bekannt sein. Das Gebiet

war und ist deutsches Land. Es hat von 1918 - 1935 eine Völkerbundungsregierung gehabt und stand während dieser Zeit völkerrechtlich gesehen zu einem Teil unter dem Protektorat der französischen Republik. Durch die Volksabstimmung im Jahre 1935 wurde es wieder an Deutschland angeschlossen. Die Anti-Anschlussbewegung der Jahre 1933-1935 war eine Oppositionsbewegung nicht gegen den Anschluss an Deutschland, sondern gegen den Anschluss an Hitler.

Nach dem Zusammenbruch des dritten Reiches im Jahre 1945 einigten sich die Alliierten dahin, das Saargebiet von dem angrenzenden Bundesland Rheinland-Pfalz abzutrennen und unter ein besonderes Regime zu stellen. Im Verlauf der gegen Deutschland angewandten Demontage-Politik entstand dann im Saargebiet die Parole des "wirtschaftlichen Anschlusses", mit welcher man die Demontage eines grossen Teiles der saarländischen Industrieanlagen zu vermeiden hoffte. Unter diesen Aspekten fand 1947 die erste Landtagswahl statt, bei der gleichzeitig über eine Verfassung abgestimmt wurde, die in ihren wesentlichen Zügen in Paris entworfen worden war und den wirtschaftlichen Anschluss des Saargebietes an Frankreich vorsah. Es ist heute unbestritten, dass damals nur wenige Saarländer den Inhalt der strittigen Präambel "zur Verfassung des Saarlandes" kannten. Von diesem Tage an hat Frankreich eine sehr konsequente Französisierungspolitik im Saargebiet getrieben, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung. Nach der kurzen Freude der Saarländer darüber, im Augenblick der grössten Not Deutschlands durch den wirtschaftlichen Anschluss an eine Siegernation angegliedert zu werden, ist nun eine wesentliche Ernüchterung eingetreten.

In einer solchen Situation ist es sehr erstaunlich, dass ein so gut unterrichteter Mann wie François Poncet durch eine offizielle Erklärung versucht, die staatsrechtliche Lage des Saargebietes in einem durchaus schiefen Lichte erscheinen zu lassen. Das Saargebiet ist eine deutsche Provinz, die Saarbevölkerung spricht deutsch, sie fühlt deutsch, sie hat eine deutsche Kultur und mehr als ein Beispiel beweist, wie wenig die Saarländer darauf verzichten wollen, ihre Verbundenheit mit Deutschland aufzugeben.

Aus allen diesen Gründen treffen die Erklärungen des französischen Hohen Kommissars hinsichtlich der Oder-Weisse-Grenze auch vollinhaltlich für die Saargrenze zu. Europa dürfte es sich kaum leisten können, innerhalb des an sich schon so verworrenen Westens eine neue Irredenta zu schaffen, ganz gleich, ob man sie "selbständiger Staat" oder "Bindeglied" nennt.

Italiens Sozialisten einander nähergerückt

v.s.Rom, im Februar

Der Parteitag der Italienischen Einheitssozialisten (P.S.U.) in Turin hat mit einem unerwarteten Sieg des Senators Giuseppe Romita über den bisherigen, vom Schriftsteller Ignazio Silone geleiteten Parteivorstand geendet. Die von ihm geführte Liste der Kandidaten für die Vorstandswahl erhielt 34 336 Stimmen gegen 34 115 für den ausscheidenden Vorstand. Diese 221 Stimmen genügten aber laut Parteistatut, Romita und seinen Anhängern dreizehn von den 21 Sitzen in der neuen Exekutive zu sichern. Dieser an Zentimetern kleinste aller italienischen Politiker hat durch diesen knappen Erfolg die Aussichten einer Wiedervereinigung der in P.S.U. und P.S.L.I. gespaltenen Sozialdemokraten wesentlich verbessert. Aber er wird es bestimmt nicht leicht haben gegen eine Minderheit, die 49,7% der Mitgliedschaft vertritt und diese Einigung entweder überhaupt nicht oder nur unter schwer akzeptablen Bedingungen wünscht. Was Romita von der Gegenrichtung trennte, war, dass er die Einigung nicht davon abhängig machen will, dass die Saragat-Partei vorerst aus der Koalitionsregierung ausscheidet. Seiner Ansicht nach kann diese Frage erst nach vollendeter Einigung von einem Gesamtparteitag mit Mehrheit entschieden werden. Ausserdem stellt sich Romita ehrlich auf den Boden der Comisco-Politik, die die Verteidigung Westeuropas auf der Grundlage des Atlantik-Paktes bejaht, während die andere Richtung nach wie vor von neutralistischen Tendenzen stark beeinflusst wird.

Das hat sich bei verschiedenen Rednern der bisherigen Mehrheit auf dem Parteitag in Turin deutlich gezeigt. Auch die Aussenpolitik der Regierung de Gasperi wurde als zu amerikafreundlich angegriffen und es wurde sogar behauptet, dass zwischen P.S.U. und P.S.L.I. in keiner wichtigen Frage, auch nicht in der Aussenpolitik, Übereinstimmung herrsche. Romita hat diesen unentwegten Nein-Sagern warnend entgegengehalten, dass sie, wenn sie so weitermachen, die P.S.U. international isolieren werden und sich der Gefahr eines Ausschlusses aus der COMISCO aussetzen. Er hat schliesslich dem alten Vorstand zugerufen: "Die Einigung kommt doch, entweder mit Euch oder ohne Euch, oder gar gegen Euch!"

Romitas überraschender Sieg bei den Vorstandswahlen ist umso bemerkenswerter, als gerade während des Parteitages eine politische

Bombe platzte, nämlich der Austritt zweier kommunistischen Abgeordneten der Provinz Emilien, Valdo Magnani und Aldo Cucchi, aus der K.P. Die Gegner der Versöhnung mit Saragat benutzten dieses kleine Ereignis als Argument, indem sie behaupteten, dass eine schwere Krise in den kommunistischen Reihen ausgebrochen sei, dass der Augenblick günstig sei, um kommunistische Arbeitermassen zurückzugewinnen, dass es dafür aber nötig sei, ihnen ideologisch entgegenzukommen: also erst recht Kampf gegen die Koalitionsregierung und auch gegen den Atlantik-Pakt!

Ob die Rebellion der beiden kommunistischen Abgeordneten wirklich tiefe Rückwirkungen auf die Kommunistische Partei auslösen wird, muss bezweifelt werden. Sie ist gewiss ein interessantes Symptom von Unbehagen in den führenden Schichten der Stalinisten. Aber der Parteiapparat ist viel zu stark, um nicht auch damit fertig zu werden. Zu glauben, dass man enttäuschte Kommunisten dadurch gewinnen kann, dass man ihrer reichlich späten Bekehrung weitgehende Konzessionen macht, ist eine Fehlspekulation. Die Geschichte lehrt mit vielen Beispielen aus vielen Ländern, dass bekehrte Kommunisten eher dazu neigen, ins andere Extrem zu verfallen.

-----  
Deutsche Ärzte in Iran  
-----

z. Teheran, Anfang 1951

Seit dem vorigen Sommer ist eine Gruppe von etwa 40 deutschen Ärzten in Iran tätig. Diese Männer und Frauen sind von zwei sozialen Organisationen vor allem für die ärztliche Versorgung der gesundheitlich oft unsagbar notleidenden Provinzbevölkerung in die Weiten des grossen Landes geholt worden. Sie haben sich trotz der relativen Kürze der Zeit ihrer Tätigkeit bereits Verdienste und Sympathien erworben.

Die eine dieser Organisationen ist die Schah-in-Schahi, eine von der Prinzessin Aschraf, der Zwillingschwester des Schahs, geleitete Wohlfahrtseinrichtung, für die 22 deutsche und 14 österreichische Ärzte arbeiten. Die zweite ist die Amlak-Moghufayo, eine Art Stiftung aus der Legat-Domänenverwaltung, deren Ertragnisse für soziale Zwecke verwendet werden. Diese Organisation hatte zunächst 12 deutsche Ärzte für die gesundheitliche Betreuung der Bauern und Pächter auf diesen Domänen an verschiedenen Stellen der abgelegenen

Provinzen engagiert. Die wachsenden und gewachsenen Aufgaben haben inzwischen zu einer Erhöhung dieser Zahl geführt, zumal am Kaspischen Meer in geeignetem Gelände und in der Nähe von Schwefelquellen ein grosses Sanatorium errichtet werden wird, dessen ärztliche Leitung ebenfalls in deutschen Händen liegen soll.

Eine dritte Organisation, der "Rote Löwe" - unserem "Roten Kreuz" entsprechend - ist ebenfalls um deutsche Ärzte bemüht.

Vorerst sitzen diese Ärzte und Ärztinnen zumeist weit draussen in der Provinz fest an einem zentralen Punkt und stehen für eine vorwiegend ambulante Behandlung zur Verfügung. Aus einer Entfernung bis zu mehreren hundert Kilometern kommen die Patienten in ständig wachsender Zahl, bis zu 100 und mehr am Tag. Selbst unter den im Augenblick noch gegebenen personellen und sachlichen Beschränkungen ist diese Möglichkeit einer ärztlichen Betreuung - die erste seit jeher - für die Bevölkerung von grossem Nutzen und Segen.

Hauptsächlich kommen die Krankheiten des Landes und des Klimas, Malaria, Frachome, Hautkrankheiten usw. zur Behandlung. Aber auch an Geschlechtskrankheiten und an Opiumsucht leiden sehr viel Patienten. Es befinden sich unter den Heilungsuchenden übrigens recht viel Frauen, was in diesem mohammedanischen Lande besonders bemerkenswert ist und von dem Ruf und Ansehen dieser Ärzte zeugt.

Es ist diesen von ihrer schweren, aber schönen Aufgabe erfüllten Männern und Frauen zu wünschen, dass mit den sich erweiternden und verbessernden beruflichen Möglichkeiten, die sie zum Segen des Gastlandes und zum Ruhme ihrer Heimat verwenden, auch ihre eigene materielle Sicherung mehr und mehr wächst.

#### US-Kohle ins Ruhrgebiet

L. Ein merkwürdiger wirtschaftlicher Kreislauf zeigt sich in der Tatsache, dass jetzt die ersten Kohlenlieferungen aus Amerika in Deutschland eingetroffen sind. Der unter der Flagge von Honduras fahrende Dampfer "Atlantic Ocean" brachte als erste Lieferung 10 000 t Kohle nach Rotterdam, wo sie in neun Rheinkähne der Duisburg-Ruhrorter Firma

Franz Hanuel & Cie.G.m.b.H.in der Rekordzeit von 36 Stunden umgeladen und den Rhein aufwärts gebracht wurden. Acht Schiffe sind für Süddeutsche Industriewerke bestimmt, die als Entgelt für die Kohle Exportwaren nach Amerika liefern. Die Werke standen wegen der herrschenden Kohlenkatastrophe vor der Stilllegung. Ein Schiff wurde aber in Walsum am Niederrhein für die dortige Zellstofffabrik gelöscht, die zur Verrechnung Zellulose nach Amerika liefert.

Diese amerikanischen Kohlenlieferungen nach Deutschland, dem Land der Kohle, dieser wirtschaftliche Irrlauf, das ist ein Meisterstück der Erhardschen Marktwirtschaft. Bekanntlich begann Erhard im Sommer mit dem Export der Kohlenhalden, die für den innerdeutschen Winterbedarf nötig waren. Die mahnenden Stimmen der Opposition wurden nicht beachtet und so kam unabwendbar die Kohlenkrise. Wie bei solchen Kohlenlieferungen über den Atlantik hinweg die Wirtschaft rentabel sein soll, dies Rätsel zu lösen, wird auch der unfehlbare Professor nicht schaffen. Im Fall Walsum ist es so, dass diese mit amerikanischer Kohle beliefernte Zellstofffabrik nur 1000 Meter Luftlinie von einer der modernsten deutschen Zechen, der Schachanlage Walsum, entfernt liegt, die mit die besten Kohlen des Ruhrgebietes liefert.

Man kann den Amerikanern nur dankbar sein, dass sie mit ihren Kohlenlieferungen über den Ozean die Weiterarbeit deutscher Werke ermöglichen und damit auch vielen Arbeitern die Arbeitsplätze erhalten. Man darf aber dabei nicht übersehen, dass damit die Fehler einer Wirtschaftspolitik eingeregnet werden, die das Signum Erhards tragen. Innerhin werden diese Kuriosa der Kohlenlieferungen aus Amerika bis unter die deutschen Fördertürme in der Wirtschaftsgeschichte vermerkt werden müssen.

#### Nachrichten aus der Ostzone:

##### Der nicht eingeplante Schnupfen

(Aus einer Leserzuschrift an die "Freiheit" -SED, Sachsen-Anhalt):

"Einen Plan macht man, damit alles klappt. Dass viele Hallenser ausgerechnet schon im Januar Schnupfen haben und nicht erst im Frühling, konnte sicherlich nicht vorausgesehen werden. Deshalb bekam ich auch an fünf Stellen keine Zellstoff-Taschentücher mehr. Es wird gut sein, wenn künftig auch so etwas eingeplant wird. Aber, was bekam ich zur Antwort: "Tja, Frolleinchen-machense man was -ich habe ix Grossisten in Halle und Leipzig angebinmolt. Zellstofftaschentücher gibt's erst im M a i".

Nachrichten aus der Ostzone:Sonderschichten für FDJ-Feste

sp. Der FDJ-Zentralrat hat den Minister der Finanzen der Sowjetzonenrepublik, Dr. Hans Loch (LDP) davon unterrichtet, dass für die Durchführung der kommunistischen Weltjugendfestspiele im Sommer 1951 in Ostberlin zwei Millionen Ostmark als Mindestbetrag aus dem Staatshaushalt benötigt würden. Weitere drei Millionen DM Ost sollen der FDGB-Vorstand und das Sekretariat der Nationalen Front aufbringen. Der Landesvorstand Brandenburg des FDGB hat seine Mitglieder bereits zu Sonderschichten in den Betrieben aufgerufen, deren Erlös der FDJ zur Durchführung der Weltjugendfestspiele zufließen soll.

+ + +

Sportler in Ungnade

sp. Zahlreiche Spitzensportler der Sowjetzone sind beim kommunistischen Sportausschuss in Ungnade gefallen. Man wirft ihnen "lasche, unkonzentrierte, blasierte Crackhaltung unseligen Angedenkens vor." Die Angriffe richten sich gegen einige Spieler der Zonenliga. Der Fußballtrainer des "Deutschen Sportausschusses", Alfred Kunze, wurde vom Vorsitzenden des Sportausschusses angewiesen, die Abwanderung von Spitzen- und Nachwuchsspielern aus der Sowjetzone nach Westdeutschland durch "geeignete Massnahmen" zu verhindern und dafür zu sorgen, dass "Verantwortung und Selbstzucht unter den Spielern gegenüber den grossen Idealen des Fortschritts stärker würden".

+ + +

Wehr Propaganda in Westberlin

sp. In einer internen Sitzung des Berliner FDGB-Vorstandes hat der Leiter der FDGB-Organisationsabteilung, Paul Geisler (SED) erklärt, dass die in der Westberliner Industrie tätigen FDGB-Funktionäre bisher eine "unangebrachte Reserve an den F g gelegt hätten." Der FDGB-Vorstand in Ostberlin hat jetzt einen umfassenden Plan zur Verstärkung der kommunistischen Propaganda in den Westberliner Betrieben ausgearbeitet. Im einzelnen ist als erster Schritt die Gründung besonderer Aktionskomitees vorgesehen, die sich gegen die "gewerkschaftsfeindliche Politik der westlichen Unternehmer" richten sollen. Die höchste Aktivität soll nach diesem Plan in der Zeit der Vorbereitung der Westberliner Betriebsratswahlen und in der Vorbereitung des 1. Mai entwickelt werden.

+ + +

Zentrale Saatgutverträge

Die Erfassung und Verteilung von Saat- und Pflanzgut sowie Sämereien wird seit dem 1. Januar 1951 in der Sowjetzone allein von der Deutschen Saatgut-Handelszentrale wahrgenommen, deren Gründung der Ministerrat der Sowjetzonenrepublik angeordnet hatte. Sämtliche landwirtschaftlichen Institutionen sind in Zukunft gezwungen, Saatgutlieferverträge mit der Handelszentrale abzuschliessen. Durch diese Massnahmen soll die lückenlose Erfassung der restlichen Saatbestände erreicht werden, die allein noch eine halbwegs normale Frühjahrsbestellung erreichen kann.

+ + +

---

 Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt